

# Arbeiterzeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den

Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Editorialpreis: Die neuemal eingetragene Arbeiterzeitung über dem Namen 20.000 für Familienabonnementen und 20.000 für die Kassenmitte (entweder durch den abzweigenden Teil einer Zeitung) 1.000 RM. Abonnementabnahmen auf 100000 aus 1.000 in der Stadt Dresden, 1.000, Güterbahnhofstraße 2.

Beilagepreis: Der neue monatlich 2.00 RM (zulässig im vorne), durch die Zeitung 2.00 RM. Eine Sonderausgabe "Der Reichstag" wird ebenfalls 1000 RM. außer zu Sonne und Herbsttagen. Es kann dieser Betrag jedoch kein Reiz auf Lieferung des Zeitung oder auf Bestellung des Beitragspreises.

Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-B, Geschäftsstelle nach Postfach: Geschäftsstelle 2, Berndorf 17/18, Postleitzahl: Dresden 18600, Geschäftsstelle: Montag 10-18 Uhr, abg. Sonnabend, Mittwoch 17-18 Uhr, Dienstags- und arbeitsamtliche Fragen, Dienstag 18-19 Uhr, Postfach 18600, Spezialstelle.

7. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 25. August 1931

Nummer 150

## Reaktion Macdonald-Baldwin

Bankrott der sozialfascistischen Regierungspolitik / Verschärfung der Lage / Steigender Massenwiderstand

### Regierung der Labour-Führer mit den Faschisten

London, 25. August

Macdonald hat seinen Rücktritt erklärt und ist vom König mit der Bildung einer „nationalen Konzentrationsregierung“ beauftragt worden. Macdonald übernahm den Auftrag. Die Regierung soll sich aus 10 Sozialdemokraten, 4 Liberale und 6 Konservativen zusammensetzen. Von den Konservativen werden unter anderem Baldwin und Chamberlain dem Kabinett angehören.

Die sozialdemokratische Macdonald-Regierung ist zurückgetreten. Sie ist gestürzt über ihr sozialreaktionär-

bure und Adamson. Diese beabsichtigen, Macdonald und seine Freunde, die in die neue Regierung eintreten, aus der Partei auszuschließen. Nach einer Schätzung sollen im Unterhaus zu Macdonald-Thomas über 170, zu Henderson-Elynes über 110, nach anderen Schätzungen in letzteren mehr Abgeordnete stehen.

Henderson ist, wie jeder weiß, ein genau solcher Sozialreaktionär und Arbeitervater wie Macdonald. Es handelt sich also um Mordverrat zum Massenbetrieb. Die Macdonald spielt über die wachsende Erregung und Radikalisierung proletarischer Mitglieder der Gewerkschaften und der Labourpartei sowie der englischen Arbeiter überhaupt wider.



Sozialfascist Macdonald — Faschist Baldwin

Das Sanierungsprogramm. Macdonald will das Debit im Staat von 24 Milliarden auf Kosten der Massen (aus der Arbeitslosenversicherung) beobachten. Das ist auf den Rücken des Widerstand gelohnt, und dafür war nicht einmal im Kabinett selbst eine Einigkeit zu erwarten. Nun wird Macdonald zusammen mit Konservativen und Liberalen ein „nationales Konzentrationskabinett“ bilden.

Mit dem Sturz der Macdonald-Regierung in England ist eines der härtesten Vollwerke der 2. „Internationale“ zusammengebrochen. Die englische Sozialdemokratie, die seit mehr als zwei Jahren das Elend des englischen Staatschiffes in den Händen hatte, konnte in dieser Zeit zeigen, was die Sozialdemokratie als regierende Partei zu tun vermag. Weltweit Sozialdemokratische Praktiken, eine Reihe von arbeiterfeindlichen Maßnahmen, eine Krise, wie sie England in den letzten 200 Jahren nicht erlebt hat, Millionen Arbeitslose, blutiger Terror in den Kolonien; das sind die Spuren der sozialdemokratischen Regierungskabinett in England, die von dem Dresdner SPD-Blatt immer wieder als „markant“ geprägt wurde. Ebenso wie die Hermann-Müller-Regierung in Deutschland hat die Macdonald-Regierung in England die völlige Niedrigkeit der sozialdemokratischen Regierungspolitik bewiesen.

Die neue Regierung wird nichts anderes sein als eine Konzentration aller reaktionären, arbeiterfeindlichen Kräfte des Landes gegen die werktäglichen Volksmassen.

Aber auch vom internationalen Gesichtspunkt ist der Sturz der Macdonald-Regierung ein weltpolitisches Ereignis von großer Bedeutung. Er ist nach dem Ziazo von Rom ein neuer, noch ernsterer Schlag für die Brünning-Regierung. Die hoffnungslose Hoffnung auf eine, wenn auch noch so geringe, englische Hilfe wird durch die Ereignisse der letzten Stunden in England zustande. Es ist sicher mit einem verschärften Umsturz des englischen Imperialismus nach außen zu rechnen.

Die kommende neue Etappe des Brünning-Kurses der englischen Sozialdemokratie wird den Bruch der Revolutionierung der Massen in England stark beschleunigen. Diese Entwicklung kostet zusätzlich mit der schnellen fortwährenden Disziplinierung der englischen Sozialdemokratie für die englischen Kommunisten die günstigsten Voraussetzungen, um ihren Einfluss unter den Volksmassen weiter zu verbreiten und zu vertiefen. Nur von ihnen hängt leichtes Ende die weitere Entwicklung der Ereignisse in England ab.

### Spaltung der Labourpartei?

Mordverrat Hendersons zum Massenbetrieb

Die englischen Blätter berichten, daß eine Spaltung der englischen sozialdemokratischen Partei zu erwarten sei. Im bisherigen Macdonald-Kabinett hätten sich 9 Mitglieder gegen den Mordverrat Hendersons gewandt und zwar Henderson, Maxwell, Greenwood, Johnson, Clynes, Addison, Graham, Lewis.

### SAZ Döllschen und Gittersee aufgelöst!

Jungsozialistische Trieb ausgeschlossen

Am Sonnabend, dem 22. August wurde in dem Ausstellungsaal der SAZ in Freital-Döhlen folgende Mitteilung veröffentlicht:

Achtung! Genossen!

Die SAZ-Gruppen Döllschen und Gittersee von der Partei aufgelöst. Trieb ausgeschlossen. Protest.

Die SAZ-Leitung ließ den Anschlag wieder entfernen; am Sonntag war er wieder verschwunden.

Die SAZler wenden sich in immer größerer Zahl von der arbeitermilitaristischen Politik der Wels, Ollenhauer und Co. ab. Die Auseinandersetzung schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Der Weg der SAZler ist: Schlaf mit der SPD und SAZ! Allerdings in den Kommunistischen Jugend-Verband.

## Gemeindearbeiterstreik in Duisburg

Kampfausschub in Tollewitz / Wählt überall Streikleitungen!

Essen, 24. Aug. (Eig. Meldung)

Als Antwort auf die Lohnraubvereinbarung zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und der Regierung über den Gemeindearbeiterkrieg hat heute mittags der größte Teil der Gemeindearbeiter von Duisburg-Hochfeld und von Duisburg-Nordorf den Streik erklärt. Die einzelnen Kolonnen der Straßenstreiter, die sich bereits bei der Arbeit befanden, legten die Arbeit nieder und zogen geschlossen zur ersten Streitversammlung.

Gestern stand auf dem Straßenbahnhof Dresden-Tollewitz eine Versammlung des Fahrpersonalsteils, die sich einmütig gegen den Lohnraubplan wandte und einen Kampfausschub von 6 Kollegen wählte.

Die Beleglichkeit der Straßenbahnverwaltung in Chemnitz wünschen einen Kampfausschub und beschloß, gegen jeden Pfennig Lohnraub in den Streik zu treten unter Führung der NSDAP.

Eine Versammlung der Polizei- und Gemeindearbeiter, die vom RGO eingesetzte war, beschloß eine Resolution, die sich hart gegen die Lohnraubkündigung wandte. Weiter heißt es förmlich:

„In der Haltung der Gewerkschaftsbürokratie zu dem Vorstoss des Arbeitsministers Siegerwald, den Lohnraubzug in vollem Umfang, wenn auch etappenweise, durchzuführen, erbliden landet die Macdonald-Regierung in England die völlige Niedrigkeit der sozialdemokratischen Regierungspolitik bewiesen.“

Die Gemeindearbeiter sind besonders empört über die Haltung des Gewerkschaftsverbands und der SPD-Presse (siehe 2. Seite), die ganz ironisch gegen die Arbeiter hegen und den Streik abwerten bestrebt sind. Die Gemeindearbeiter haben genugend klar erkannt, daß die SPD um der Bürgerkriegspolitik willen die Arbeiter ins unerträgliche Elend zu pressen versucht. Es gibt nur einen Weg, den Lohnraub abzuwenden: sofortiger Streik!

### Roter Einheitsverband in Essen

Am Sonnabend tagte eine Delegiertenkonferenz aller südlichen Betriebe, Bahnhöfe und der Essener Straßenbahnen. 150 in Belegschaftsversammlungen gewählte Delegierte nahmen zu dem Lohnraubvergleich Stellung. Nach einer umfassenden Diskussion, die die Streikbereitschaft der Delegierten zum Ausdruck brachte, wurde unter stürmischen Beifall einstimmig die Gründung eines roten Einheitsverbandes der Essener Straßenbahner und Gemeindearbeiter beschlossen.

## Hungerattentat auf die Volksmassen

Das „Sparprogramm“ des Städteages / Bedürftigkeitsprüfung bei allen Erwerbslosen

Der Deutsche Städtetag hat sein „Sparprogramm“ zur Reduzierung des 800-Millionen-Defizits der Brüning-Regierung übermittelt. Laut Berliner Tageblatt von heute sollen die Massen folgendermaßen noch furchtbart ausgeplündert werden:

1. Reduktion (Verminderung) bestimmter kommunaler Verwaltungsaufgaben (Zulassungserlegung von Schulen, Abbau von Wohnhaus- und Gesundheitseinrichtungen u. dgl.) einschließlich der Rücksicht der Gehälter und der Sentenz der Zölle soll 250 Millionen Mark erbringen. Mit dem Abbau wird sofort begonnen.

2. Weitere 75 Millionen Mark sollen durch Senkung der Zürvergabekosten erspart werden, davon allein 15 Millionen durch eine Senkung der Rücksicht für die Wohlfahrtsverwaltungen, die in den meisten Städten erfolgen soll. Damit wären bei den Kommunen 325 Millionen Mark einzusparen.

Um das reelle Defizit von 475 Millionen zu begegnen, schlägt der Städtetag folgendes vor:

Die Unterschüttung der Erwerbslosen soll in „Krisen“, „Rücksicht“ und „Wohlfahrt“ nach den gleichen Grundzügen erfolgen,

d. h. die Unterstützung (für alle Erwerbslosen) soll nur nach individueller Prüfung der Bedürftigkeit ausgezahlt werden — was bedeutet die volle Aufsicht des Versicherungsprinzips — und weiter sollen gleiche Süze für alle Gruppen von Erwerbslosen gelten.

Der reelle Arbeitseinsatz, der in erster Linie aus dem Bereich für die Wohlfahrtsunterstützung resultiert, soll entweder vom Reich den Gemeinden belastet werden (ähnlich aus den Einsparungen, die nach dem Fall des größten Teils der Reparationszahlungen eingetragen sind) oder aber, wenn das nicht angängig ist, dann soll

von den Lohn- und Gehaltsempfängern eine zweite Krisenzeuer, als „Erwerbslosen-Abgabe“, eingefordert werden.

Diese Abgabe würde nur von denjenigen Personen zu zahlen sein, die bisher keine Beiträge zur Erwerbslosenversicherung zu zahlen hatten.“

Wie das Berliner Tageblatt von heute weiter meldet, plant Preußen (und die anderen Länder werden gleich folgen) einen starken Abbau der Beladung der Volksschulärer.